

Michelle Becka

## Demokratie und Rechtsautoritarismus

### Konzept des Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften, Band 68/2027

Das folgende Konzept skizziert die Gesamtstruktur von Band 67. des *Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften (JCSW)*<sup>1</sup> sowie erste inhaltliche Wegmarken der anvisierten Einzelbeiträge.<sup>2</sup> Der Band ist dem Thema *Demokratie und Rechtsautoritarismus* gewidmet und erscheint voraussichtlich im November 2027.

#### 1 Demokratie und Rechtsautoritarismus als Thema der Christlichen Sozialethik?

Die Idee der Demokratie sowie ihre jeweilige Ausgestaltung stehen seit jeher unter Veränderungsdruck, insofern sich Gesellschaften weiterentwickeln und normative Vorstellungen von Herrschaft, Beteiligung und gutem Leben sich ständig wandeln. Gegenwärtig scheint dieser Druck jedoch eine neue Qualität erreicht zu haben: Vielerorts und auf vielerlei Weise ist ein Erstarren rechtsautoritärer Kräfte zu beobachten, deren Angriffe auf die Demokratie nicht auf deren Weiterentwicklung oder Anpassung auf sich verändernde Umstände abzielen, sondern auf deren normative Delegitimierung, Aushöhlung ihrer Institutionen oder radikale Überwindung.

Erschwert wird die Auseinandersetzung mit dem Thema dadurch, dass die Akteure eines neuen Rechtsautoritarismus Kritik üben, die teilweise auf ähnliche Weise in demokratiethoretischen Kontroversen formuliert und diskutiert wird. Allerdings könnten die damit verbundenen Interessen und Ziele kaum unterschiedlicher sein. Es ist notwendig, jene Auseinandersetzungen über die sogenannte ‚Krise der Demokratie‘ zu kennen, um vor diesem Hintergrund beurteilen zu können, warum die rechtsautoritäre Kritik zu kurz greift und wie damit umzugehen ist.

Die Demokratie, um die es in der Auseinandersetzung geht, ist nicht jene minimal verstandene Demokratie, ein System, in dem amtierende Regierungen Wahlen verlieren und daraufhin abtreten (Przeworski), oder eine

---

<sup>1</sup> Vgl. [jcsw.de](http://jcsw.de)

<sup>2</sup> Ein besonderer Dank gilt dem [wissenschaftlichen Beirat](#) des *JCSW*, der uns mit seinem wertvollen Feedback wie in jedem Jahr bei der Entwicklung des Konzepts unterstützt hat.

„elektorale Demokratie“, in der es allein um Mehrheiten geht, sondern gemeint ist in der Regel das, was als „liberale Demokratie“ bezeichnet wird. In dieser ist die demokratische Grundidee realisiert in einem starken Rechtsstaat mit Gewaltenteilung und deutlich ausgeprägten Bürgerrechten.

Eine langjährige Diskussion in den Politikwissenschaften dreht sich darum, inwieweit gerade durch den starken rechtsstaatlichen Charakter die Demokratie als Staatsform, in der Mehrheiten entscheiden, geschwächt wird. Der zentrale Vorwurf lautet, dass über zentrale gesellschaftliche Fragen nicht im Parlament entschieden wird, sondern eine Verlagerung in Gerichte stattfindet, was von einigen als „Entdemokratisierung“ verstanden wird (Manow; Merkel und andere). Auch wenn man nicht so weit gehen möchte, von „Entdemokratisierung“ zu sprechen, bleibt doch die Frage, wie „dick“ und „dünn“ das Konzept von Demokratie zu verstehen ist und welche notwendigen Implikationen damit verbunden sind. Auch die komplexe Repräsentationsfrage spielt hier eine Rolle.

In einem zweiten Diskussionsstrang wird ebenfalls seit langem reflektiert, inwieweit das Verständnis von Freiheit, der wohl zentrale Grundwert moderner Demokratien, sich derart gewandelt hat, dass sie, anstatt tragfähiger Grund zu sein, eher zu einem Zersetzungsfaktor wird. (Zur Bedeutung von sozialer Freiheit und der Entwicklung subjektiver Rechte: Honneth, Menke, Loick etc.) Aufbauend auf diesen grundsätzlichen Theorien werden in den letzten Jahren die Folgen dieser Verschiebung deutlich. Wenn die soziale Dimension der Freiheit ausgeklammert wird, kann die negative Freiheit so weit ausgedehnt werden, dass sie „libertär“ wird. Jeder Einschnitt in diese wird dann als tiefe persönliche Kränkung verstanden. Und wenn sich das Versprechen der Selbstverwirklichung nicht einlösen lässt, werden systematisch Enttäuschungen produziert. Das hat weitreichende gesellschaftliche Folgen (Amlinger/Nachtwey). In der Diskussion geht es gleichwohl nicht darum, Freiheit als zentralen Wert in Frage zu stellen.

Und manche politikwissenschaftlichen oder soziologischen Analysen fallen so drastisch aus, dass sie das normative Fundament der westlichen Moderne grundsätzlich erschüttert sehen. Deren emanzipatorisches Potential habe sich erschöpft, so dass sogar die Imagination einer anderen Zukunft unmöglich wird (Blühdorn) – auch das mit gravierenden Folgen für die Demokratie. Die Liste ließe sich fortschreiben.

Diese zentralen Debatten verdeutlichen, dass die Demokratie, so wie sie derzeit praktiziert und erfahren wird, weder in demokratie-theoretischer, noch in politisch-praktischer und auch nicht in ethisch-normativer Hinsicht perfekt ist. Gleichwohl ist es eine Grundannahme dieses Bandes, dass Demokratie gegen ihre radikale Infragestellung zwar zu verteidigen, aufgrund bleibender Defizite und sich stetig wandelnder Umstände aber auch immer

neu zu bestimmen und zu gestalten ist. Es bedarf daher der kritischen Analyse, Diskussion und Weiterentwicklung.

Angesichts dieser inter- und transdisziplinär zu bearbeitenden Querschnittsaufgabe unternimmt der 68. Band des *Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften (JCSW)* deshalb den Versuch einer ethisch-kritischen Analyse, Diskussion und Weiterentwicklung. Ausgangspunkt könnten hierfür drei Sondierungen sein, die das Terrain eines christlich-sozialethischen Diskursbeitrags abstecken: Welche normative Idee der Demokratie ist aus welchen ethischen Gründen im Angesicht der rechtsautoritären Bedrohungslage zu verteidigen? Um welche normativen Prinzipien/ Leitideen muss dabei gerungen werden und wie sind diese weiterzuentwickeln? Und wie ist mit dem ambivalenten Verhältnis von Religion zu Demokratie und Rechtsautoritarismus umzugehen?

Diese Fragen stellen sich umso dringlicher angesichts des Erstarkens rechtsautoritärer (und rechtsextremer) Kräfte, die die Unzulänglichkeit der Demokratie auf- und angreifen, nicht um sie weiterzuentwickeln, sondern um sie und ihre Grundwerte zu schwächen oder zu zerstören. Rechtsautoritäre Akteure in Deutschland und weltweit unterminieren einerseits die Grundidee der Demokratie, indem sie die gleiche Freiheit und Rechte aller bezweifeln, und stellen andererseits die rechtsstaatlich verankerte Demokratie mit ihren Verfahren und Institutionen in Frage.

Die Mechanismen, wie das geschieht, sind darzulegen und zu analysieren. Dazu ist die Ethik auf sozialwissenschaftliche Expertise angewiesen. Ebenso sind die Folgen rechtsautoritärer Unternehmungen für die Demokratie, ihre rechtsstaatlichen Institutionen und ihre normativen Grundlagen zu reflektieren. Christliche Sozialethik verteidigt normative Grundlagen wie Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Solidarität, und sie ist zugleich an deren konzeptionellen Weiterentwicklung und Konkretisierung interessiert.

Es soll daher sowohl darum gehen, die Krise(n) der Demokratie ernst zu nehmen, als auch zu reflektieren, welche Demokratie erstrebenswert ist und wie bestehende Konzepte und Institutionen weiterentwickelt werden können. Wie kann Demokratie handlungsfähig sein und welche Ressourcen sind dazu nötig? Welche Potentiale gibt es möglicherweise und wie lassen sie sich stärken?

Als theologisches Fach kann und darf die Christliche Sozialethik das Thema nicht ohne den spezifischen – kritischen – Blick auf die eigene Tradition und die Rolle von Kirche und Religion behandeln. Das unternimmt die Christliche Sozialethik im Dialog mit anderen theologischen Fächern. Eine besondere Herausforderung stellt sich angesichts der Attraktivität rechtsautoritären Denkens in manchen katholischen Milieus, sowie der Aneignung

von katholischen Konzepten und Ideen durch rechtsautoritäre Akteure. Christliche Sozialethik steht in der Verantwortung, diese Zusammenhänge und Mechanismen zu erörtern, darzulegen, wie Konzepte der Katholischen Soziallehre fehlinterpretiert und instrumentalisiert werden, und tragfähige Alternativen aufzuzeigen.

Der geographische Fokus des Bandes liegt auf der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich ist die Perspektive auf bzw. von anderen Staaten zu berücksichtigen, insbesondere wegen der zunehmenden Vernetzung rechtsautoritärer Akteure einerseits und wegen ähnlicher Entwicklungen in verschiedenen Ländern andererseits.

## 2 Ouvertüren

Die Rubrik *Ouvertüre* übernimmt im Gesamtkonzept des Bandes die Aufgabe der thematischen Hinführung. Die vier Essays tragen eine zeitdiagnostische Bestandsaufnahme anhand von Schlaglichtern / Fallstudien auf die als krisenhaft wahrgenommene Demokratie und den Erfolg des Autoritarismus aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Perspektiven zusammen. Die Ouvertüren legen damit erste Spuren zu den Themen, die in den Forschungsbeiträgen systematisch bearbeitet werden.

### 2.1 Katholische Arbeitnehmerbewegung/Betriebsseelsorge

Der erste Ouvertüre-Essay thematisiert (bei selbst zu bestimmendem Schwerpunkt) die ‚Attraktivität‘ von rechten Angeboten in Betrieben, Spannung zwischen Solidarität im Unternehmen und internationaler Solidarität, Mitbestimmung etc. Wie zeigt sich die Präsenz von rechten Akteuren (z. B. Zentrum) und was bewirkt sie in den Betrieben? Welche Auswirkungen haben die Entwicklungen in den katholischen Verbänden und Milieus? Und grundsätzlich: Welche Rolle spielt Kirche? Eine Berücksichtigung der Frage, inwieweit die Entwicklungen in diesem Bereich eine darüberhinausgehende, demokratierelevante Bedeutung haben, wäre wünschenswert.

### 2.2 Land und Landwirtschaft

Der zweite Ouvertüre-Essay unternimmt eine Nachlese zur kontroversen Rezeption der DBK-Studie *Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung*. Er wirft ein Schlaglicht auf das Verhältnis von Autoritarismus und sozialökologischer Transformation insbesondere in kirchlichen Milieus und Verbänden. Wie erklärt sich das starke Echo auf das Papier und wie ist das Verhältnis zu rechtsautoritären Kreisen/Akteuren zu bestimmen? Und grundsätzlich: Welche Rolle

spielt Kirche? Eine Berücksichtigung der Frage, inwieweit die Entwicklungen in diesem Bereich eine darüberhinausgehende, demokratierelevante Bedeutung haben, wäre wünschenswert.

### 2.3 Community Building

Der dritte Ouvertüre-Essay nimmt konkrete Projekte und Erfahrungen des Community Building im Bereich Sozialer Arbeit in den Blick. Welche Rolle spielt Stadtteilarbeit für eine lebendige und resiliente Demokratie? Was sind aktuelle Entwicklungen? Gibt es überzeugende Projekte gegen rechtsautoritäre Tendenzen oder was begünstigt diese umgekehrt?

### 2.4 Wissenschaftsfreiheit

Wissenschaftsfreiheit steht derzeit von verschiedenen Seiten unter Druck. Eine Dimension davon betrifft ihre Beschneidung durch Formen der Zensur, wie sie in den USA bereits in ausgeprägter Form zu beobachten ist, eine andere (damit verbundene) die Schwierigkeit der Differenzierung angesichts starker Polarisierung. Der vierte Ouvertüre-Essay reflektiert (bei der Setzung eines selbst gewählten Schwerpunktes) die Möglichkeiten und Grenzen von Wissenschaftsfreiheit angesichts der Polarisierung und die Rolle von Kampagnen rechtsautoritärer Akteure.

## 3 Forschungsbeiträge

Die Forschungsbeiträge des ersten Teils übernehmen gewissermaßen als Ankerbeiträge die begriffliche und systematische Grundlagenarbeit in geozozialethischer und politikwissenschaftlicher Perspektive.

### 3.1 Demokratie und Rechtsautoritarismus in sozialetischer Reflexion. Ein kritischer Literaturbericht

Der erste Forschungsbeitrag liefert einen Forschungsüberblick über jüngere Arbeiten zu Demokratie und Rechtsautoritarismus in der deutschsprachigen Sozialethik. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, wenn der Beitrag nicht nur eine kommentierende Bestandsaufnahme ist, sondern insbesondere auch sozialetische Forschungsbedarfe erhebt, drängende Forschungsfragen und -themen, Forschungslücken explizit macht und politisch-ethische Herausforderungen und Zusammenhänge benennt. Über einen Berichtscharakter hinausgehend nimmt der Beitrag Einordnungen und Systematisierungen vor und kann eigene Schwerpunkte legen. Gerne kann auch auf Tagungen

und Fachgespräche im deutschsprachigen Raum zum Thema verwiesen werden, die die Diskussion anstoßen und voranbringen.

### 3.2 Welche Demokratie?

Der zweite Forschungsbeitrag hat einführenden und programmatischen Charakter und arbeitet – aus kritisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive – heraus, warum und in welcher Gestalt Demokratie als Herrschaftsform gefährdet und warum sie zu verteidigen ist. Dazu nimmt er Bezug auf aktuelle demokratiethoretische Diskussionen (wie in der Hinführung skizziert), arbeitet heraus, welche normativen Grundlagen für Demokratie wesentlich sind und ob, gegebenenfalls wie, sich diese verändern. Er nimmt eine Zuspitzung auf die Herausforderung durch Rechtsautoritarismus vor. In diesem Sinn übernimmt der Beitrag gewissermaßen als Ankerbeitrag die begriffliche und systematische Grundlagenarbeit und versucht eine Perspektive zu eröffnen, welches Konzept/Modell von Demokratie attraktiv sein kann und gestärkt werden muss, um Resilienz gegen autoritäre Tendenzen herzustellen.

### 3.3 Katholische Kirche und rechtsautoritäres Denken

Mit der Erklärung zur Unvereinbarkeit von Christentum und völkischem Nationalismus hat die Deutsche Bischofskonferenz 2024 ein klares Signal gesendet und sich zu einer pluralen und freiheitlichen Demokratie bekannt – und dieses Bekenntnis seitdem mehrfach erneuert. Zugleich gibt es Allianzen zwischen kirchlichen und rechtsautoritären Kreisen – sei es aufgrund der vermeintlichen inhaltlichen Nähe bei Themen wie „Gender“ oder Schwangerschaftsabbruch, sei es aufgrund der in beiden Milieus verbreiteten Suche nach einer abgrenzbaren Identität in der pluralen Gesellschaft oder aus anderen Gründen.

Angesichts dieser Gemengelage reflektiert der dritte Forschungsbeitrag aus theologischer und sozialetischer Perspektive grundsätzlich das Verhältnis von Kirche zu Demokratie und fragt nach Gründen für die ‚Anfälligkeit‘ für rechtsautoritäres Denken im Katholizismus. Dabei kann Bezug genommen werden zu Entwicklungen in anderen Ländern (z. B. USA oder Ungarn), um der Frage nachzugehen, was ‚Christlicher Nationalismus‘ bedeutet, und ob oder inwieweit dieser auch in der Bundesrepublik eine Gefahr darstellt.

### 3.4 Christentum als Quelle des Widerstands gegen Autoritarismus

Nach langanhaltender Skepsis gegenüber Freiheitsrechten und Demokratie hat die Katholische Kirche sich in verschiedenen Dokumenten seit den 1960er Jahren zur Demokratie bekannt. Dafür gibt es theologisch gute Gründe, denen sich der vierte Forschungsbeitrag widmet. Zudem wird es darum gehen auszuloten, inwiefern christlicher Glaube und christliche Tradition Resilienz gegen Autoritarismus motivieren können. Stärken Glaubensüberzeugungen Ambiguitätstoleranz und die Fähigkeit zur Abweisung verabsolutierender Machansprüche? Welche gesellschaftliche Verantwortung folgt aus dem Glauben, welche Motivationspotentiale birgt er? In diesem Sinn soll der Aufsatz dazu beitragen, positive Narrative zu stärken und zu überlegen, ob und gegebenenfalls wie das Christentum bzw. christliche Praxis zu sozialer Kohäsion bzw. zu einer veränderten Konfliktkultur beitragen und möglicherweise ein anti-autoritäres ‚Wertefundament‘ stärken kann. Hierfür kann eine ökumenische oder eine katholische Perspektive gewählt werden.

### 3.5 Religion und Rechtsautoritarismus

In vielen westlichen Gesellschaften breitet sich trotz formal großer individueller Freiheiten ein starkes Gefühl von Kränkung, Kontrollverlust und Missachtung aus. Dieses soziale Gefühl bietet den Nährboden für rechtsautoritäre Mobilisierung und verbindet sich mit einem Misstrauen gegenüber Institutionen. Einiges scheint nun dafür zu sprechen, dass solche Kränkungen nicht nur Menschen in prekären Lagen oder Teile der Mittelschichten mit Abstiegsängsten treffen, sondern auch jene Angehörige von Religionsgemeinschaften, die kulturelle Veränderungen (Diversität, neue Gleichheitsnormen, feministischer und antirassistischer Wandel) als Verlust von Selbstverständlichkeit und Status deuten. Deshalb leuchtet der fünfte Forschungsbeitrag in sozialwissenschaftlicher Perspektive diesen bisher wenig analysierten Zusammenhang empirisch aus: Wie und warum wird religiöse Kränkung zu einem Motor kollektiver Identität und politischer Mobilisierung? Wie entstehen aus religiös verstandenen Kränkungserfahrungen identitäre Erzählungen, die einerseits die eigene Gruppe moralisch aufwerten und andererseits klare Schuldige benennen (Eliten, Migration, Medien, Wissenschaft) und an denen rechtsautoritäre und antidemokratische Akteure anknüpfen können?

### 3.6 Das Problem mit dem Gemeinwohl

Die Katholische Soziallehre betont die Notwendigkeit einer Gemeinwohlperspektive, die das Wohl des\*der Einzelnen mit dem Wohl des Gemeinwesens verknüpft. Das Gemeinwohl umfasst in diesem Verständnis das Gesamt „jener gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Menschen die volle Entfaltung ihrer Werte ermöglichen oder erleichtern“ (MM 65). Was das genau heißt, ist immer wieder neu auszuhandeln.

Gegenwärtig wird das Konzept des Gemeinwohls – in den USA, aber auch darüber hinaus – lautstark durch rechtsautoritäre katholische Kreise geprägt. Sie fassen das Gemeinwohl meist diskriminierend und exklusivistisch. Eine Extremform stellt der Neo-Integralismus dar, der kirchliche Definitivsmacht über die Aushandlungsprozesse der pluralen Gesellschaft stellen möchte. Es ist zu reflektieren, inwieweit diese Entwicklung eine Bedrohung darstellt, und es ist aufzuzeigen, inwiefern jenes Gemeinwohlverständnis unangemessen und verkürzt ist. Andererseits ist aber auch zu fragen, welche anderen Vorstellungen eines „Gemeinsamen“ die katholische Tradition und eine zeitgenössische Christliche Sozialethik in der pluralen und vielfach fragilen (Welt-)Gesellschaft anzubieten haben, um Demokratie zu stärken.

### 3.7 Demokratie vor Ort

Einer der Faktoren für Demokratiemüdigkeit und die zunehmende Anziehungskraft rechtsautoritärer Angebote ist die erlebte Dysfunktionalität der Demokratie bzw. ihrer Einrichtungen vor Ort – von schlecht ausgestatteten Schulen, nicht fahrenden Bahnen zu überlasteten Ämtern. Deshalb geht der siebte Forschungsbeitrag bei frei zu wählender Schwerpunktsetzung der Frage nach, inwieweit die fehlende Funktionalität Ressourcenmangel bzw. schlechter Verteilung geschuldet ist und welche Faktoren darüber hinaus eine Rolle spielen. Er fragt auch danach, wie dysfunktional Kommunen und staatliche Einrichtungen tatsächlich sind bzw. wodurch die Wahrnehmung bestimmt wird.

Zu den wahrgenommenen – oder zumindest öffentlich wahrnehmbaren – Widerständen der Funktionalität gehört auch Bürokratie. Der Beitrag kann (muss nicht) darauf eingehen, ob weniger Bürokratie Demokratie stärken könnte und welche Gefahren eventuell auch damit verbunden sein könnten. Wie kann ein zeitgemäßes Verständnis von Subsidiarität Baustein sein für ein Autoritarismus-resilientes Demokratieverständnis? Welche Rolle spielen dabei soziale Bewegungen bzw. Zivilgesellschaft? Und welches Verständnis von Staat und Gesellschaft kennzeichnet eine partizipative und resiliente Demokratie?

### 3.8 Extreme Ungleichheit

Ein zentraler Grund für den Erfolg rechter Parteien ist wirtschaftliche Unzufriedenheit. Dass rechtsautoritäre Parteien keine wirtschaftspolitisch tragfähigen Antworten anbieten, scheint auf das Wahlverhalten wenig Einfluss zu haben. Ebenso auffällig ist, dass die im Hintergrund stehende Frage nach extremer Einkommens- und Vermögensungleichheit kaum thematisiert wird – es sei denn in der Abgrenzung ‚nach unten‘.

Diesen Zusammenhang nimmt der achte Forschungsbeitrag in den Blick. Er fragt in wirtschafts-/ politisch-ethischer Perspektive einerseits nach den Folgen extremer Ungleichheit für die Demokratie (und kann dabei die Gefährdung durch extremen Reichtum ebenso in den Blick nehmen wie durch extreme Armut) und erörtert andererseits das komplexe Verhältnis von wirtschaftlicher Ungleichheit und Autoritarismus. Gibt es Zusammenhänge zwischen extremer Ungleichheit und Autoritarismus – und wenn ja, warum werden sie so selten thematisiert? Sofern möglich ist auch der Frage nachzugehen, ob größere Chancengerechtigkeit durch weniger Ungleichheit Demokratie stärken und die Attraktivität des Autoritarismus schwächen kann.

### 3.9 „Identität“ als Kampfbegriff der Demokratie

Zu den Themen, die Menschen weit über das rechtsextreme Milieu hinaus triggern und mobilisieren, gehören ‚Gender‘ und ‚Migration‘. Beide rühren – bei aller Violdimensionalität – an Identitätsfragen. Dass es in pluralen Demokratien eine Sehnsucht nach – oder Angst vor einer Gefährdung der – Identität gibt, mag nachvollziehbar erscheinen. Aber was geschieht mit den Begriffen (und dem Konzept der Identität) im politischen Feld? Welche Funktion erfüllt es? Wie wird aus dem berechtigten Wunsch nach Identität ein politischer Identitätskampf, der mit bestimmten Interessen geführt und gelenkt wird. Welche Akteure und Interessen sind im Spiel?

Vor diesem Hintergrund profiliert der neunte Forschungsbeitrag einerseits aus sozialetischer Sicht einen Identitätsbegriff, der nicht durch Abgrenzung und Feindschemata geprägt ist, und lotet aus, welche Rolle ein solcher Begriff in einer demokratischen Gesellschaft spielen kann. Andererseits ist in diesem Zusammenhang das zugrunde liegende Demokratieverständnis zu reflektieren: Ermöglicht eher ein „dickes“ oder ein „dünn“ Demokratieverständnis die gemeinsame Arbeit an Grundlagen für das gute Zusammenleben aller in gerechten Institutionen?

### **Über die Autorin**

*Michelle Becka*, Prof. Dr. theol., Herausgeberin des Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften und Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften, Professorin für Sozialethik an der Universität Münster.

### **Cite as**

**Becka, Michelle** (2026): Demokratie und Rechtsautoritarismus. Konzept des Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften, Band 68/2027 (JCSW online), online unter <https://ejournals.uni-muenster.de/jcsw/libraryFiles/downloadPublic/192>.